

„Wichtig, dass sich die schweigende Mehrheit zeigt“: 2500 Menschen demonstrieren in Hannover gegen Corona-Kritiker



- Die Demonstrantinnen und Demonstranten wollten am Freitagnachmittag ein Zeichen für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt setzen.
- Hintergrund ist die steigende Zahl an Demos gegen die Corona-Maßnahmen der Politik.
- Auf dem Opernplatz in Hannover sprachen neben dem Oberbürgermeister der Stadt auch der Regionalpräsident und die evangelische Regionalbischöfin.

14.01.2022, 20:04 Uhr

Am Freitagnachmittag haben sich nach Polizeiangaben rund 2000 Menschen auf dem Opernplatz in Hannover versammelt, um gegen Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretiker und „Querdenker“ zu demonstrieren. Aufgerufen zur Mahnwache hatte ein breites Bündnis, zu

dem die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannover, der Freundeskreis Hannover, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und das Bündnis „bunt statt braun“ gehören.

Die Veranstalter sprachen von circa 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Wegen des hohen Andrangs sperrte die Polizei die Georgenstraße auf Höhe des Opernplatzes bereits eine halbe Stunde nach Beginn der Demonstration, wie die „[Hannoversche Allgemeine Zeitung](#)“ (HAZ) berichtete.

Zu den Rednerinnen und Rednern auf dem Opernplatz gehörte außer dem Präsidenten der Region Hannover Steffen Krach (SPD) auch Oberbürgermeister Belit Onay von den Grünen. Onay erklärte, dass es durchaus Platz für berechtigte Kritik an der Corona-Politik geben müsse – vor allem, da Politikerinnen und Politiker in der Pandemie nicht immer richtig lagen. Klare Worte fand der Oberbürgermeister gegenüber denjenigen, die sich der Wissenschaft verschließen und zur Mythenbildung beitragen würden. „Meinungen können wir aushalten, falsche Fakten nicht“, erklärte Onay.

Auch die evangelische Regionalbischöfin für den Sprengel Hannover, Petra Bahr, appellierte an den Zusammenhalt der Mitte: „Wir sind nicht gespalten. Es gibt nur Spalter am Rand.“

Ministerpräsident Stephan Weil nimmt an Mahnwache teil

Die Bischöfin bedankte sich außerdem bei den Beschäftigten in den Kliniken, aber auch ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die in der Corona-Pandemie immer häufiger Ziel von Gewaltandrohungen werden. Bahr bezeichnete den Hass gegenüber Politikschaffenden als „unerträglich“. Regionalpräsident Krach ergänzte, dass auch Polizistinnen und Polizisten oder Medienvertreter und -vertreterinnen bei der Ausübung ihres Jobs immer öfter Feindseligkeiten ausgesetzt seien.

[Die „HAZ“ zitiert eine Teilnehmerin der Demonstration:](#) „Es ist wichtig, dass sich die große schweigende Mehrheit zeigt.“

RND/dre